

Karin Gille-Linne

## **Verdeckte Strategien**

**Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und  
die Frauenarbeit der SPD 1945–1949**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4206-0

ISSN 0941-7621

© 2011 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg  
Umschlagfoto: Herta Gotthelf, Elis Friedrich, Louise Schroeder etwa 1948,

Foto: Edu Düwel, Rechteinhaber: AdsD der

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Signatur 6/FOTA006587

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg

Druck und Verarbeitung:

fgb – freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG, Freiburg i. Br.

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2011

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	7
Elisabeth Selbert – die Narration .....	9
Elisabeth Selbert – eine Rezeptionsgeschichte .....	12
Herta Gotthelf – Parteifunktionärin hinter Elisabeth Selbert .....	18
Quellenlage und Aufbau der Untersuchung .....	22
<b>I Herta Gotthelf, Frauensekretärin im Parteivorstand der SPD</b> .....	33
1 Politische Herkunft .....	35
a) Kindheit und Jugend in Breslau – beginnende Politisierung .....	35
b) Politische Betätigung bis 1934 .....	47
2 Exil in London .....	69
a) Emigration und Exil 1934–41 .....	69
b) Vorbereitungen für das neue Deutschland 1941–45 .....	106
3 An die Spitze der Partei 1945–48 .....	125
a) Remigration und Berufung .....	127
b) Frauenbüro beim PV .....	153
c) Parteiarbeit versus »Frauenrechtleri« .....	180
Drei Prämissen .....	195
<b>II Gleichberechtigung in die Verfassung – die Sozialdemokratie und die Debatten um Art. 3 II GG</b> .....	199
1 Elisabeth Selbert – eine Funktionärin wird aufgebaut .....	202
a) Rechtsexpertin der Wuppertaler Frauenkonferenz 1948 .....	203
b) Entsendung in den Parlamentarischen Rat .....	209
2 Meinungsstreit im Parlamentarischen Rat .....	218
a) Frieda Nadig und Ludwig Bergsträsser – sozialistische Positionen im Ausschuss für Grundsatzfragen .....	219
b) Die Herkunft der Formulierung »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« .....	236
c) »... als der Tanz losging« – Ablehnung des SPD-Antrags im Hauptausschuss .....	241
d) Gegenanträge und Scheinkompromiss – Elisabeth Selbert contra Helene Weber .....	252
3 Mobilisierte Öffentlichkeit, verdeckte Strategien: Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Eingaben .....	276
a) Eingaben und Resolutionen .....	277
b) Der »Sturm« wird entfacht .....	289
c) Kampagne und Gegenkampagne .....	301
d) Elisabeth Selberts Misserfolge – das Beispiel Hessen .....	327
e) Herta Gotthelf kanalisiert den Protest .....	339

4 Vereinnahmung und Abgrenzung .....	354
a) Hanau und die KPD .....	354
b) Kampagne und Bundestagswahl .....	360
c) Wahlausgang – »Aller Vernunft zum Trotz« .....	374

<b>Sozialdemokratische Frauenarbeit und die Gleichberechtigung – Schlussbetrachtung .....</b>	<b>379</b>
---	------------

## **Anhang**

Abkürzungsverzeichnis .....	397
Herta Gotthelf: Politik – »hauptamtlich« .....	400
Eingaben an den Parlamentarischen Rat zur Gleichstellung von Männern und Frauen (3 Listen) .....	404
Kurzbiografien .....	415
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	439
Personenregister .....	455
Dank .....	462

der »Genossin« erreichte Herta Gotthelf in den folgenden Jahren einmal monatlich einen großen Personenkreis. Die »Rundschreiben des Frauenbüros an die Bezirke und die Genossinnen in den Bezirken« und die »Auslandsrundschreiben« erschienen ebenfalls weiter. Die Rundschreiben waren nicht an feste Termine gebunden. Gotthelf konnte per Rundschreiben schnell auf politische Entwicklungen reagieren. Außerdem war es in dieser intern ausgerichteten Kommunikation möglich, gezielt Informationen zu platzieren oder Arbeitsaufträge an die Bezirke zu geben.

Gotthelf, die in Weimar als Volontärin bei einer SPD-Frauenzeitschrift und dann als Mitarbeiterin bei Marie Juchacz und Redakteurin bereits erheblichen Einfluss hatte, war nun besoldetes PV-Mitglied, Frauensekretärin und verantwortliche Redakteurin des zentralen Mitteilungsblattes für die Funktionärinnen. Sie war damit für die Frauenwerbung der Partei genauso zuständig wie für die Verbesserung der Zusammenarbeit von Frauen und Männern auf den verschiedenen Ebenen der Parteiorganisation.

### c) Parteiarbeit versus »Frauenrechtleri«

#### Kritik an den Genossen

Die Stellung der Frauen in der SPD war nicht unproblematisch. Und auch Herta Gotthelf sparte nicht mit Kritik an den Genossen. Sie kritisierte die mangelnde Unterstützung der Frauenarbeit und der Mitgliederwerbung auf Bezirksebene, die geringe Bereitschaft, Frauen innerhalb der Partei zu delegieren, die geringe Berücksichtigung von Frauen bei der Aufstellung von Wahllisten für Kommunal- oder Landtagswahlen. Dabei unterlag sie dem Dilemma, nach innen die Genossen kritisieren zu müssen, um die Position der Frauen auszubauen, nach außen aber die gleichberechtigte Stellung von Frauen und Männern in der Partei betonen zu müssen, um weibliche Mitglieder zu gewinnen. Daher gingen Kritik und positive Darstellung oft Hand in Hand. Ende 1947 hatte die SPD 162.187 weibliche Mitglieder, was einem Anteil von 18,3 % an der Gesamtmitgliederzahl entsprach.<sup>569</sup> Herta Gotthelf kritisierte, dass die Bezirke teils Frauen unterschlagen würden, da »aus Faulheit« keine nach Männern und Frauen getrennten Zahlen weitergeleitet würden.<sup>570</sup> Der Frauenanteil sei trotz Steigerung bei Weitem nicht ausreichend, so ihre kritische Analyse. In der Internationale sei der Anteil mindestens 25 %, vor 1933 waren es im Deutschen Reich 33,33 % der Gesamtmitglieder. Daher liege noch viel Arbeit vor den deutschen Sozialdemokratinnen.<sup>571</sup> In den westlichen Landtagen und in Berlin gab es im September 1948 insgesamt 547 SPD-Abgeordnete, darunter 65 Frauen. Diesen Anteil bezeichnete Gotthelf als »mi-

<sup>569</sup> Vgl. Herta Gotthelf: Arbeitsbericht und Organisationsfragen, Protokoll Wuppertal I, S. 172.

<sup>570</sup> Vgl. ebd., S. 173.

<sup>571</sup> Vgl. ebd.

serabel«<sup>572</sup>. Vier Frauen waren im PV, drei Frauen im Wirtschaftsrat und zwei Frauen im Parlamentarischen Rat vertreten.<sup>573</sup>

Dass Gotthelf damit nicht zufrieden sein konnte, liegt auf der Hand – und sie sparte nicht mit Kritik. Andererseits betonte sie, es gebe keine andere Partei oder Organisation, in der so viele Frauen organisiert seien und die seit jeher die Interessen der Frauen vertreten hätte. Die SPD – so ihr Credo – war seit ihrem Bestehen die Partei der Gleichberechtigung. Gotthelf versuchte auch die Männer in der SPD auf das gemeinsame politische Ziel, die Gleichberechtigung, zu verpflichten. Aber vor allem auf den unteren Ebenen kam es häufig zu Zerwürfnissen zwischen Genossen und Genossinnen, wenn es um Parteiämter oder die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst ging, wie Herta Gotthelf vielfach berichtet wurde<sup>574</sup>: »Ist es nicht furchtbar, wenn man mit solchen Widerständen unter den eigenen Genossen zu kämpfen hat?«<sup>575</sup> Herta Gotthelf war sich dieses Umstands bewusst und versuchte immer wieder, zu intervenieren oder Überzeugungsarbeit zu leisten:

»Interessieren würde mich, was aus Eurer Aktion gegen den Genossen Zöpfl geworden ist, denn er stellt sich ja hier ganz eindeutig gegen einen Beschluss der Gesamtpartei und nicht nur etwa gegen einen Beschluss unserer Frauenkonferenz. Solche Aktionen können uns bei den nächsten Wahlen sehr viel schaden [sic!], wenn sie von unseren Gegnern genügend ausgenutzt werden. Allerdings können unsere Gegner mit ihrer Einstellung zur Gleichberechtigung der Frauen auch nicht sehr viel Staat machen.«<sup>576</sup>

Manche Genossin wünschte sich, Herta Gotthelf würde vor Ort als flammende Rednerin die Genossen zur Vernunft bringen.<sup>577</sup> Auch auf den Frauenkonferenzen wurde kritisch über »unsere Männer« diskutiert,

<sup>572</sup> Vgl. ebd., S. 175.

<sup>573</sup> Vgl. ebd., S. 175 f.

<sup>574</sup> Vgl. u. a. den Briefwechsel zwischen Herta Gotthelf und Friedel Schlichtinger aus Regensburg vom Kreisvorstand der SPD Regensburg, Frauensektion, Ende 1948, AdsD, Bestand Kurt Schumacher (BKS) 181. Friedel Schlichtinger hatte einen offiziellen Einspruch gegen das Verhalten des Genossen Zöpfl an die SPD-Stadtratsfraktion gerichtet, in dem sie kritisierte, dass Zöpfl sich nicht an Beschlüsse der Stadtratsfraktion und die Weisungen des Parteivorstands der SPD in der Frauenfrage gebunden fühle und gegen den Stadtratsbeschluss die »sofortige Entlassung aller verheirateten Frauen und der erwachsenen Töchter, deren Väter über ausreichende Einkommen verfügen, in scharfen Worten« forderte; vgl. Schreiben von Friedel Schlichtinger, Regensburg, 16.10.1948, an die sozialdemokratische Stadtratsfraktion Regensburg, z. H. Karl Esser, als Anlage an Brief von Friedel Schlichtinger, Regensburg, 30.10.1948, an Herta Gotthelf, Hannover, AdsD, BKS 181.

<sup>575</sup> Friedel Schlichtinger, Regensburg, 30.10.1948, an Herta Gotthelf, Hannover, AdsD, BKS 181.

<sup>576</sup> Herta Gotthelf, o. O., 12.11.1948, an Friedel Schlichtinger, Regensburg (Durchschlag), AdsD, BKS 181.

<sup>577</sup> Vgl. Friedel Schlichtinger, Regensburg, 30.10.1948, an Herta Gotthelf, Hannover, AdsD, BKS 181.

»[...] die zwar von der Gleichberechtigung immer gern sprechen, wenn es um die Gleichberechtigung der anderen Frauen geht – aber nicht der eigenen. (Beifall.) Warum ist das so, Genossinnen? Wir müssen uns klar sein, das ist eine pure Angstpsychose bei unseren Männern. Sie haben Angst, daß sie ihr trautes Heim und ihr liebes Frauchen, das nach der Trillerpfeife tanzt, verlieren.«<sup>578</sup>

Allerdings wusste Herta Gotthelf um die innerparteilichen Schwierigkeiten mit den sozialdemokratischen Männern. Marie Bittorf aus Frankfurt wandte sich mit dieser Aufforderung an die Frauensekretärin:

»Sorgt Ihr an der Spitze dafür, daß unsere Genossen mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Frauen bekommen, daß die Gleichberechtigung der Frau nicht mehr nur auf dem Papier steht und je nachdem es dem Manne paßt, außer Acht gelassen wird. [...] Es ist nicht leicht als Frau der Partei zu dienen, aber es ist höchste Zeit, daß das anders wird [...].«<sup>579</sup>

Die Antwort Herta Gotthelfs:

»Selbstverständlich hast du Recht, dass wir bei unseren eigenen Männern noch viel Erziehungsarbeit leisten müssen, aber auch da sind wir in einer um so stärkeren Position, je stärker unsere eigene sozialdemokratische Frauenbewegung ist.«<sup>580</sup>

Sie rief die Genossinnen dazu auf, gemeinsam mit den Männern in der Partei und mit Gewerkschaften und Genossenschaften auf die Durchsetzung der Gleichberechtigung in und außerhalb der Partei hinzuwirken.

»Laßt Euch nicht in einen Anti-Mann-Komplex hineinreden (heitere Zustimmung). Genossinnen, ich weiß, manchmal ist es schwer und man möchte die ganze Bagage zum Mond schicken. (Zustimmung)  
Trotzdem: wir sollen uns in unserer Arbeit nicht von Ressentiments leiten lassen, sondern wir müssen auch das als sozialistische Erziehungsarbeit betrachten, bei der wir nicht immer nur die Frau erziehen wollen, sondern auch unsere Männer.«<sup>581</sup>

---

578 Käthe Richter, Kassel: Redebeitrag, in: Protokoll der Wuppertaler Frauenkonferenz vom 7. bis 9.9.1948, Teil II, AdsD, PV III 04039 (Protokoll Wuppertal II), S. 118.

579 Marie Bittorf, Frankfurt/Main, 13.6.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, BKS 180.

580 Herta Gotthelf, o. O., 17.6.1947, an Marie Bittorf, Frankfurt/Main (Durchschlag), AdsD, BKS 180.

581 Vgl. Herta Gotthelf: Arbeitsbericht und Organisationsfragen, Protokoll Wuppertal I, S. 186.

Als wichtiges Gremium für diese »sozialistische Erziehungsarbeit« betrachtete Gotthelf den Ausschuss für Frauenfragen beim Parteivorstand, der im September 1947 eingerichtet wurde. Dieser war ganz bewusst als Fachausschuss angelegt, in dem – wie in anderen Fachausschüssen beim PV auch – Männer und Frauen arbeiteten:

»Der Ausschuß für Frauenfragen beim Parteivorstand ist kein Frauenausschuß, sondern er ist einer der verschiedenen Fachausschüsse des Parteivorstandes und ist auch demgemäß zusammengesetzt, d. h. der Parteivorstand schlägt die Leute, die in diesen Fachausschuß kommen, vor und setzt ihn genau so zusammen wie auch die anderen Fachausschüsse. Wir haben mit Absicht in den Ausschuß für Frauenfragen vier Genossen gewählt, und wir werden selbstverständlich, wenn die Möglichkeit von Zuwahlen gegeben ist, noch mehr hineinwählen. Wir sind nämlich der Meinung, daß durch diese sachliche Zusammenarbeit von Genossen und Genossinnen es sich in der Partei langsam herumspricht, daß das, was die Frauen machen, nicht nur Kaffeeklatsche sind, sondern eine wirklich ernste Arbeit ist.«<sup>582</sup>

Das Ziel war auch hierbei, einerseits das Ansehen und die Bedeutung der Frauenarbeit innerhalb der Partei zu stärken, andererseits darauf hinzuwirken, dass Genossen und Genossinnen gemeinsam die Frauenfragen bearbeiteten. Dies war ein wichtiger Ansatz, um das von Gotthelf formulierte Ziel zu erreichen, »Frauenfragen zu Lebensfragen« zu machen. Eine starke sozialdemokratische Frauenbewegung einerseits und die Zusammenarbeit von Genossen und Genossinnen in der Partei andererseits waren aus ihrer Sicht unerlässlich, um sowohl die Gleichberechtigung als auch den Sozialismus zu verwirklichen.

Als Referentin beim PV und seit 1947 als zentrale Frauensekretärin im PV arbeitete sie für diese Ziele. Die Zusammenarbeit mit den überparteilichen Frauenorganisationen lehnte sie als nicht zielführend ab, eine Position, die vom PV und etlichen führenden Genossinnen geteilt wurde. Inwieweit hierbei der Anteil von Frauen proletarischer Herkunft überwog, wäre ein wichtiges Untersuchungsfeld. Mit der Stärkung der sozialdemokratischen Frauenarbeit verband sich jedenfalls die Hoffnung, den Frauenforderungen in der Partei stärkeres Gewicht zu geben. Statt mit bürgerlichen Frauen um politische Positionen zu streiten, sollten die Genossen in die Pflicht genommen werden.

### Nicht »Männchen-Eitelkeit«, nicht »Frauenrechtleri«

In ihrem Weihnachtsbrief an die Bezirkssekretariate und die Genossinnen in den Bezirken aus dem Jahr 1948 betonte Herta Gotthelf, dass die »gute und kameradschaftliche Zusammenarbeit« der Frauen und Männer in der Partei immer mehr eine Selbst-

<sup>582</sup> Vgl. ebd., S. 176.



verständlichkeit werde. Zwar gebe es unrühmliche Ausnahmen, aber das Ziel sei, »[...] daß es in unserer Partei weder verbitterte Frauenrechtleri noch überhebliche Männchen-Eitelkeit gibt.«<sup>583</sup> Gotthelf betonte die gemeinsame politische Herkunft und die gemeinsamen Ziele, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu gemeinsamem Handeln brächten. Die sozialdemokratische Frauenbewegung stehe damit im Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung:

»Die sozialdemokratische Frauenbewegung hatte ihre Anfänge nicht in einem Kampf der Geschlechter gegeneinander, wie das bei der bürgerlichen Frauenbewegung der Fall war, sondern sie entstand aus der gemeinsamen Not von Mann und Frau im kapitalistischen Staat und aus ihrem gemeinsamen Kampf zur Schaffung einer gerechten sozialen und gesellschaftlichen Ordnung. Aus diesem Grunde trennen uns nicht taktische oder sonstige Erwägungen von der nur frauenrechtlerischen Einstellung der bürgerlichen Frauenbewegung, sondern unser Ausgangspunkt und unsere Ziele sind grundsätzlich andere.«<sup>584</sup>

Herta Gotthelf vertrat in der Frage der überparteilichen Frauenvereine von Anfang an eine eindeutig ablehnende Linie. Schon in der »Entschließung zur Frauenfrage«, die Gotthelf dem PV im August 1946 zur Beschlussfassung vorlegte, kurz nachdem sie ihr Amt als Frauensekretärin aufgenommen hatte, hieß es dazu:

»Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein durch eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von Männern und Frauen in einer starken sozialdemokratischen Partei. Deshalb lehnen die sozialdemokratischen Frauen jede Form einer Frauenpartei und sogenannter unpolitischer Frauenvereinigungen ab. Die Sozialdemokratische Partei will den Frauen eine Möglichkeit schaffen, sich Seite an Seite mit den Männern maßgeblich und verantwortlich in Staat und Gemeinde zu betätigen.«<sup>585</sup>

Allerdings war es nicht so, dass »die sozialdemokratischen Frauen«, also alle Genossinnen, tatsächlich die gleiche Auffassung wie die Frauenreferentin vertraten. Die Diskussion unter den Sozialdemokratinnen war komplex und wurde über mehrere Jahre kontrovers geführt, auch wenn Gotthelf die Diskussion häufig als überflüssig, unfruchtbar und kräftevergeudend bezeichnete und am liebsten beendet hätte.<sup>586</sup>

583 SPD, Der Parteivorstand, Frauenbüro: Weihnachtsbrief an die Bezirkssekretariate und die Genossinnen in den Bezirken, Hannover, im Dezember 1948, AdsD, PV I 0128.

584 Herta Gotthelf: Fürth, in: »Genossin«, Nr. 9/10, 10. Jg., Juli 1947, S. 9-11, hier S. 11.

585 »Entschließung zur Frauenfrage«, Anlage zum Protokoll der Sitzungen der obersten Parteigremien am 21. u. 22. August 1946 in Frankfurt am Main, in: Albrecht: SPD, Bd. 1, S. 79 f., hier S. 80.

586 Vgl. u. a. Herta Gotthelf: Aus der Arbeit – für die Arbeit, in: »Genossin«, Nr. 6, 10. Jg., Mai 1947, o. S.

Es gab Sozialdemokratinnen, die sich sehr bewusst für eine Mitarbeit in den unterschiedlichen Frauenvereinigungen entschieden und ihre Position auch gegenüber der Frauensekretärin vertraten. Ihre Hauptargumente für die Mitarbeit waren vor allem strategischer Natur. Eine Frauenmehrheit von etwa 7 Millionen bedeutete, dass Frauen nicht nur als Wählerinnen, sondern auch als Staatsbürgerinnen im vermeintlich »unpolitischen« Alltag maßgeblichen Einfluss darauf hätten, ob eine Demokratisierung Deutschlands gelingen würde. Der »staatsbürgerlichen Erziehung der Frauen« kam damit eine entscheidende Rolle zu. Hierin waren sich Parteien, Besatzungsmächte und andere gesellschaftliche Institutionen einig. Sozialdemokratinnen – seien es Gegnerinnen oder Befürworterinnen der überparteilichen Frauenarbeit – verfolgten dabei das Ziel, Frauen für die Ziele der SPD zu gewinnen. In der Frage aber, auf welchem Wege die Frauen zu erreichen seien, bestand unter den Genossinnen keine Einigkeit. Die Befürworterinnen betonten, sie wollten die politisch wenig geschulten Frauen nicht dem Einfluss der politischen Gegnerinnen in den Frauenvereinigungen überlassen, und sahen in der Mitarbeit in den Frauenausschüssen einen Weg zur staatspolitischen Erziehung und zur Gewinnung der unpolitischen Frauen für die SPD. So schrieb die Sozialdemokratin Theanolte Bähnisch, Regierungspräsidentin und spätere Gründerin des Deutschen Frauenrings, an Herta Gotthelf:

»[...] ich habe keine Lust, ein zweites 1933 zu erleben und werde all' meine Kräfte einsetzen, um von mir aus das zu tun, was ich für unbedingt notwendig halte, um es zu verhindern. [...] Wenn Sie mehr Gelegenheit hätten, sich unter Frauen ausserhalb aller Parteien zu unterrichten, so würden Sie erschüttert sein und erkennen, daß Sie über eine Parteipolitik nie an diese Frauen herankommen können und eine staatspolitische Erziehung zu verantwortlichem Denken und Handeln von einer Partei aus bei diesen Frauen völlig ausgeschlossen ist. Sie überlassen damit die Majorität der Frauen unseres Volkes völlig sich selbst, das will und kann ich nicht tun.«<sup>587</sup>

Marie Bittorf, Befürworterin und Mitglied des Frankfurter Frauenausschusses, argumentierte ähnlich, betonte darüber hinaus aber, dass es wichtig sei, durch die eigene Mitarbeit die politische Richtung der Frauenvereine zu beeinflussen. Außerdem, so schrieb sie Herta Gotthelf, sei es für Genossinnen nicht von Nachteil, wenn sie mit den politischen Gegnerinnen stritten:

»Jedenfalls aber schadet es weder ihnen noch uns, wenn sie unsere Ansicht hören, unseren, ich möchte sagen ›Glauben‹ kennen lernen, und wir lernen uns festigen, lernen kämpfen mit Frauen, die eben komplizierter und schwieriger sind

587 Theanolte Bähnisch, Hannover, 29.4.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244A.

als gewöhnlich unsere Frauen. – Was aber schwerer ins Gewicht fällt, ist die Möglichkeit, die Aktionskraft zu beeinflussen.«<sup>588</sup>

### Schumacher contra Bähnisch

Anfang Juni 1947 erläuterte Theanolte Bähnisch im Parteivorstand ihre Position zur überparteilichen Frauenarbeit. Sie betonte dabei »ganz besonders den antikommunistischen Charakter ihrer Arbeit in der überparteilichen Frauenorganisation«<sup>589</sup>. Gotthelf und die weit überwiegende Mehrheit des PV lehnten aber auch in dieser Sitzung die Mitarbeit in den Frauenorganisationen ab und bekräftigten den Frankfurter Beschluss des PV vom August 1946, den Gotthelf im Mai in der »Genossin« erneut publiziert hatte.<sup>590</sup> Kurt Schumacher hielt in der Sitzung eine längere Entgegnung, die – anders als das Referat von Bähnisch – als Anlage mit dem Protokoll versandt wurde:

»Die Zugehörigkeit zu einer selbständigen Frauenpartei oder zu einer eindeutig von der Politik einer gegnerischen Partei bestimmten Organisation läßt sich mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei nicht vereinbaren. Die Tätigkeit in anderen Sonderorganisationen der Frauen hängt von dem freien persönlichen Entschluß der dort arbeitenden weiblichen Parteimitglieder ab.«<sup>591</sup>

Er unterschied hier deutlich zwischen parteipolitisch gebundenen Frauenorganisationen und »anderen«. Die Mitarbeit in »anderen« Frauenorganisationen stellte er frei. Das Argument der Befürworterinnen, dass dort für sozialdemokratische Ziele und für die Mitgliedschaft der SPD geworben werden könne, ließ er dabei allerdings weder für den überparteilichen Frauenring der Britischen Zone, dessen Vorsitzende Bähnisch war, noch für andere Organisationen gelten:

»Man soll sich allerdings nicht vorstellen, daß eine Sonderorganisation etwa der Art, wie sie von der Genossin Thea Nolte-Bähnisch [sic!] beeinflusst wird, von vornherein das darstellt, was der alte Theodor Bömmelburg in bezug auf die Gewerkschaften von 1914 »eine Rekrutenschule der Sozialdemokratie« genannt hat. [...] Das Agitationsfeld für die Sozialdemokratinnen ist also recht beschränkt, und in den meisten Fällen werden wir nicht über eine sogenannte Kontaktpoli-

<sup>588</sup> Marie Bittorf, Frankfurt/Main, 13.6.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, BKS 180.

<sup>589</sup> Protokoll B der Sitzung des Parteivorstandes und führender sozialdemokratischer Landespolitiker vom 31. Mai bis 2. Juni 1947 in Frankfurt am Main, in: Albrecht: SPD, Bd. I, S. 221-225, hier S. 223.

<sup>590</sup> Vgl. ebd. Vgl. ebenfalls Titelseite der »Genossin«, Nr. 6, 10. Jg., Mai 1947.

<sup>591</sup> Vgl. Auszug aus der Stellungnahme Schumachers in der PV-Sitzung zur Frauenfrage in Frankfurt am Main am 2. Juni 1947, in: Albrecht: SPD, Bd. I, S. 231.

tik hinauskommen. Die Streitfrage ist nun, inwieweit die Kräfte unserer Funktionärinnen dafür in Anspruch genommen werden können.«<sup>592</sup>

Wie die Mitarbeit von Sozialdemokratinnen in konkreten Fällen – in den Grenzen des PV-Beschlusses – aussehen könnte, legte er in die Entscheidungsgewalt der jeweils betroffenen Parteiebene. Er betonte aber, dass die Aufgaben der Partei nicht beeinträchtigt werden dürften.<sup>593</sup> Herta Gotthelf versandte den Auszug aus der Rede Schumachers als Anlage an das Rundschreiben des Frauenbüros vom 9.6.1947 und brachte im Rundschreiben ihre Hoffnung zum Ausdruck,

»[...] dass damit in allen Bezirken die völlig zeitraubenden und unfruchtbaren Diskussionen über diese Frage abgeschlossen werden, und wir uns alle mit unserer ganzen Kraft für die Arbeit der Frauenwerbung und Frauenschulung einsetzen können.«<sup>594</sup>

Die Diskussionen liefen aber weiter und führten in manchen Bezirken wie in Frankfurt oder Hannover mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen. Es gelang Herta Gotthelf nicht, die Sozialdemokratinnen auf eine einheitliche Linie zu bringen – zu groß waren die Unterschiede zwischen Befürworterinnen und Gegnerinnen der überparteilichen Frauenorganisationen.

### Elisabeth Selbert contra Frauenausschüsse

Es gab etliche Genossinnen, die die kritische Analyse von Kurt Schumacher und Herta Gotthelf unterstützten und ihre Meinung in der öffentlichen Auseinandersetzung, in Parteiversammlungen und in unzähligen Briefen an das Frauenbüro vertraten. Elisabeth Selbert war eine der schärfsten Kritikerinnen der überparteilichen Frauenausschüsse und bezog vielfach Position. Gotthelf verbreitete ihre Ausführungen per Rundschreiben und in der »Genossin« und lud sie als Rednerin ein. Selberts Artikel »Zur Frage der Frauenausschüsse« (undatiert) wurde als Anlage an das Rundschreiben des Frauenbüros Nr. 5 im September 1946 versandt. In diesem viel beachteten Beitrag berief sie sich auf die erfolgreiche Tradition sozialistischer Frauenpolitik und betonte die Bedeutung der politischen Parteien.<sup>595</sup> Auch auf der ersten Reichsfrauen-

<sup>592</sup> Ebd.

<sup>593</sup> Vgl. ebd.

<sup>594</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Der Parteivorstand, Frauenbüro: Rundschreiben Nr. 12/47, Hannover, 9.6.1947, AdsD, PV 0126 A.

<sup>595</sup> Vgl. »Zur Frage der Frauenausschüsse. Ein Beitrag von Dr. Elisabeth Selbert, Kassel«, undatiertes maschinenschriftliches Manuskript, Anhang zu SPD, Der Parteivorstand, Frauenbüro: Rundschreiben Nr. 5/46 an die Bezirkssekretariate und die Frauenvertreterinnen in den Bezirken, Hannover, 6.9.1946, AdsD, PV 0126 A.

tagung im November 1946 referierte Elisabeth Selbert »zur Frage der überparteilichen Organisationen«<sup>596</sup> und vertrat hier und in weiteren Artikeln ihre ablehnende Haltung gegenüber der überparteilichen Frauenarbeit. »Mein Aufsatz ›Überparteiliche Frauenbewegung?‹ hat im [sic!] weitesten Frauenkreisen rege Erörterung ausgelöst, die in Artikeln und Zuschriften ihren Niederschlag gefunden hat.«<sup>597</sup>

Dieses Manuskript ist in großen Teilen mit dem Artikel »Zur Frage der Frauenausschüsse« identisch, greift aber zusätzliche Argumentationen auf und endet mit einem Aufruf:

»Erkämpfen wir uns den Platz, der uns im Volksstaat, in dem von uns als Frauen mit zu bauenden Staat an verantwortlicher Stelle zusteht, aber nicht über neutrale Frauengruppen oder gar über Frauenparteien der neuste politische Irrweg der Frauenbewegung – sondern in klarer, kühler Beurteilung der politischen Kräfteverhältnisse über die grossen Parteien.

Je grösser die Zahl der weiblichen Mitglieder dort ist, um so grösser ist die moralische und demokratische Rechtfertigung für eine entsprechende Berücksichtigung geeigneter Frauen im öffentlichen Leben.«<sup>598</sup>

Selbert bezog sich auf die parlamentarische Demokratie und den darin verankerten politischen Auftrag der Parteien. Sie bestritt die Legitimation der selbst ernannten Vertreterinnen der Frauen. Weitere inhaltliche und strategische Argumente zielten auf die politische Gesinnung in den Frauenvereinen und die Unterschiede der sozialen und politischen Herkunft, den Umgang mit dem Nationalsozialismus und mit aktuellen politischen Fragen wie dem Unehelichenrecht oder dem § 218 StGB. Auch das Argument der Befürworterinnen, man könne auf diesem Wege Frauen für die Sozialdemokratie gewinnen, wiesen Gotthelf und Selbert zurück.

### Bürgerliche Traditionen und Nationalsozialismus

In der viel zitierten Rede Kurt Schumachers kommen die Vorbehalte gegenüber den bürgerlichen Mitgliedern der Frauenvereine klar zum Ausdruck:

»Ein grosser Teil der Madames, die dort hinkommen, sind politisch nicht so ohne weiteres formbar, sondern kommen mit sehr selbstsicheren Allüren der gesellschaftlichen Distinktion und des eigenen politischen Werbewillens. In einem

<sup>596</sup> Vgl. SPD, Der Parteivorstand, Frauenbüro: Rundschreiben Nr. 10a/46, Hannover, 16.10.1946, AdsD, PV 0126 A.

<sup>597</sup> Elisabeth Selbert: »Noch einmal: Frauenausschüsse? Eine Entgegnung.«, undatiertes maschinenschriftliches Manuskript, S. 1, AddF, NL ES.

<sup>598</sup> Ebd., S. 3 f.

grossen Teil von ihnen steckt noch der Geist der früheren Vaterländischen Frauenvereine [...].<sup>599</sup>

Diese Aussage Schumachers wurde durch die Schilderungen von Genossinnen bestätigt. Grete Schmalz beispielsweise merkte in einem Bericht über eine überparteiliche Frauenversammlung durchaus selbstkritisch an:

»Weisst Du, ich habe dir schon mal geschrieben, dass wir – meine Geschwister und ich wegen hoffnungsloser Armut von Damen des vaterländischen Frauenvereins ›behandelt‹ worden sind. Die Töchter dieser Damen sassen neben mir auf der Schulbank und liessen sich die Antworten vorsagen und ich musste ihre Kleider auftragen. Seitdem habe ich Gegengefühle und ich sass darum von Anbeginn der Vorstellung mit gesträubten Rückenstacheln. Vielleicht ziehst Du darum einige Prozente meiner Schilderung ab.«<sup>600</sup>

Die Verbindungen der Frauenvereine zur alten bürgerlichen Frauenbewegung wurden auch von anderen negativ hervorgehoben. So verknüpfte beispielsweise die spätere Bundestagsabgeordnete Emmy Meyer-Laule aus Heidelberg ihre Bitte an den Parteivorstand, einen endgültigen Beschluss zur Unvereinbarkeit von SPD-Mitgliedschaft und »unpolitischer Frauenarbeit« zu treffen, mit folgendem Bericht:

»Anna Haag [SPD, K. G.-L.] hat vor ca 14 Tagen im hiesigen Frauenverein gesprochen [...]. Es waren bei Frau Haags Versammlung etwa 50 Frauen da, während bei der vom Frauenverein mit Gertrud Bäumer veranstalteten Versammlung der Saal wegen Überfüllung geschlossen werden musste. Du siehst daraus, wohin die Mitglieder des Frauenvereins tendieren [...].«<sup>601</sup>

Auch Herta Gotthelf kritisierte, dass Gertrud Bäumer nach 1945 durch viele überparteiliche Frauenorganisationen gewürdigt wurde. Bäumer wurde nicht nur als Rednerin in überparteilichen Frauenveranstaltungen eingeladen, zu ihrem 75. Geburtstag im September 1948 erschienen in mehreren Frauenzeitschriften ausführliche Würdigungen ihrer Person, auf die sich die folgenden Ausführungen Gotthelfs beziehen<sup>602</sup>:

<sup>599</sup> Auszug aus der Stellungnahme Schumachers in der PV-Sitzung zur Frauenfrage in Frankfurt am Main am 2. Juni 1947, in: Albrecht: SPD, Bd. I, S. 231.

<sup>600</sup> Grete Schmalz, Düsseldorf, 16.5.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244A.

<sup>601</sup> Anlage zum Brief von Emmi Meyer-Laule, Heidelberg, 15.1.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244A.

<sup>602</sup> So z. B. in der »Stimme der Frau«, Heft 4, September 1948, S. 28, und in der »Welt der Frau«, Heft 3, Oktober 1948, S. 11 f.

»Es ist unbestreitbar, daß Gertrud Bäumer eine der führenden Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung war. Es ist ebenso unbestreitbar, daß Gertrud Bäumer eine intelligente Frau ist und eine markante Persönlichkeit. Aber im Hinblick auf ihre Haltung während der Nazi-Zeit sprechen diese Dinge nicht für sie, sondern gegen sie. Gertrud Bäumer hatte einen international bekannten Namen. Im In- und Ausland war sie richtungsgebend für Tausende von Frauen. Gerade in den Anfangsjahren, in denen das Hitlerregime noch sehr bestrebt war, es nicht mit der Weltmeinung zu verderben, hätte eine offene Stellungnahme und Ablehnung dieses Regimes eine wirkliche Tat bedeutet. Zehntausende von Männern und Frauen, die nicht so berühmt waren, wie Gertrud Bäumer, haben diesen Schritt getan, und haben ihn mit ihrer Freiheit, mit Verbannung und oft auch mit ihrem Leben bezahlt. Gertrud Bäumer aber schwieg nicht nur, sondern durch ihre aktive Mithilfe hat sie sich schuldig gemacht an allem, was das Naziregime für Deutschland und für die Menschheit bedeutete. Bei Kriegsausbruch unterstützte sie sogar den Kriegseinsatz der Frauen und gab Ratschläge, wie man ihn am besten organisieren könnte!

Niemand bestreitet, daß Frau Bäumer sich inzwischen gewandelt haben mag, aber es gehört schon eine ganze Portion Unverfrorenheit von ihr und ihrem weiblichen Anhang dazu, sich jetzt in christlicher Demut als Umerzieherin der deutschen Frauen anzubieten.

Je höher ein Mensch steht, je mehr Wissen und Uebersicht er hat, umso größer ist seine Verpflichtung, eine klare Entscheidung zu treffen, wenn es sich um die Ablehnung des absolut Bösen handelt. Frau Bäumer hat diese Entscheidung nicht getroffen, und es würde ihr und ihren Freunden besser anstehen, jetzt in aller Bescheidenheit zu schweigen.«<sup>603</sup>

Die Nähe der Frauenvereine zum Nationalsozialismus und der teils unkritische Umgang mit der eigenen Verstrickung in das Unrechtsregime machten eine Zusammenarbeit für viele Sozialdemokratinnen unmöglich. Entsprechend berichtete die Kieler Ratsfrau Ida Hinz von einer Veranstaltung der Genossin Bähnisch, in der die Anwesenden es begrüßten, dass Beitrittswillige keinen Fragebogen zur Mitgliedschaft in NS-Organisationen ausfüllen mussten:

»Interessant war in der Versammlung, feststellen zu können, welche Frauen sich hier zusammengefunden hatten. Als nämlich die Referentin sagte, es brauche niemand einen Fragebogen ausfüllen, die ihrem Club beitreten wollen, mußte sie ihr Referat unterbrechen, weil sie stürmischen Beifall bekam. Ich muß sagen, ich war sehr entsetzt [...].«<sup>604</sup>

603 Herta Gotthelf: Zum »Fall Bäumer«, in: »Genossin«, Nr. 9, 11. Jg., November 1948, S. 175.

604 Ida Hinz, Kiel, 29.5.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244A.

Solche Berichte weisen auf Traditionslinien innerhalb der Frauenvereinigungen hin, die von Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen nicht akzeptiert werden konnten. Auf der ersten interzonalen überparteilichen Frauentagung in Bad Boll im Mai 1947 wurde z. B. ein Antrag eingebracht, der die sofortige Entlassung aller in den Internierungslagern einsitzenden nationalsozialistischen Frauen forderte. Nur aufgrund des Protests der anwesenden sozialdemokratischen und kommunistischen Frauen wurde er nicht angenommen.<sup>605</sup> Zur Tagung der überparteilichen Frauenverbände in Bad Pyrmont, der Gründung des Deutschen Frauenrings im Oktober 1949, veröffentlichte die Journalistin und Sozialdemokratin Else Reventlow am 12.10.1949 einen kritischen Kommentar im Münchener Rundfunk, in dem sie ebenfalls auf bewusste oder unbewusste Bezugnahmen auf den NS verwies:

»Man kann nicht ›unpolitisch‹ von dem ›Ewigen Deutschland‹ sprechen, ›das von uns niemals aufgegeben wird‹ ohne zu wissen, dass man damit bereits ein politisches Programm andeutet. Je unbewusster solche Töne angeschlagen wurden zusammen mit Deklamationen wie ›Aufbruch der Frauen von 1949‹, umso stärker vertieft sich der Eindruck einer, wenn auch schüchternen und noch sehr unbewussten Renaissance des ›Aufbruchs von 1933‹.«<sup>606</sup>

In den Frauenausschüssen organisierten sich eben nicht nur Frauen, »[...] die sich mehr oder weniger exponiert dem Nationalsozialismus widersetzt hatten«<sup>607</sup>, wie in der Literatur oft behauptet wird. Häufig wandten sich gerade Sozialdemokratinnen, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft und unter ihm gelitten hatten, gegen die überparteiliche Frauenarbeit. Die Gemeinsamkeiten und die Solidarität der Sozialdemokratinnen mit den antifaschistischen Sozialisten und Sozialistinnen auf nationaler und internationaler Ebene waren wesentlich größer als mit bürgerlich, konservativ oder gar nationalsozialistisch orientierten Frauen.

<sup>605</sup> Vgl. Jan Kolossa: Neubeginn oder Restauration? Frauenalltag und Frauenbewegung Hamburgs in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Karen Hagemann, ders. (Hg.): Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten? Der Frauenkampf für »staatsbürgerliche« Gleichberechtigung. Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 1990, S. 213.

<sup>606</sup> Zweiseitiges maschinenschriftliches Manuskript »Tagung der überparteilichen Frauenverbände in Bad Pyrmont. Auszug aus dem Mittwoch-Kommentar von Else Reventlow im Münchener Rundfunk am 12. Oktober, 19.45 Uhr«, AddF, NL ES.

<sup>607</sup> Ingrid Langer: »Wir Männer vertreten die politischen Interessen der Frauen viel besser als die Frauen selbst.« Die Situation hessischer Politikerinnen in der ersten Nachkriegszeit, in: Hessische Landesregierung: Glücksfall, S. 208–238, hier S. 208.



## § 218 StGB und Unehelichenrecht

Auch die politischen Ziele von sozialdemokratischen Frauen und vielen Frauenausschüssen und Frauenvereinen waren nicht kompatibel. Wichtige frauenpolitische Forderungen der Sozialdemokratinnen, wie die Abschaffung des § 218 StGB oder die Forderung nach Einführung der sozialen Indikation und die Ausweitung der Rechte der unehelichen Kinder und ihrer Mütter wurden in den Frauenausschüssen abgelehnt. CDU-Anhängerinnen kritisierten die Haltung der Sozialdemokratinnen öffentlich und stellten sich in Wahlkämpfen dagegen – die weltanschaulichen Differenzen unter Frauen waren groß.<sup>608</sup> Während sozialdemokratische Ärzte häufig als Bündnispartner im Kampf für eine Reform des § 218 StGB auftraten, stellten konfessionell gebundene und bürgerliche Frauen Anträge zum »Schutz des keimenden Lebens«. <sup>609</sup> Im Bremer Frauenausschuss wurde diese Klippe beispielsweise dadurch umschifft, »[...] daß man erst gar nicht versuchte, zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu kommen, vielmehr zwei Rednerinnen mit bekanntermaßen entgegengesetzter Meinung dazu einlud und öffentlich auftreten ließ.«<sup>610</sup>

Die Sozialdemokratin Hermine Berthold, Mitglied im Bremer Frauenausschuss, bemerkte rückblickend:

»Ich will Ihnen sagen, ich bin nie mit dem Herzen beim Bremer Frauenausschuß gewesen. [...] eigentlich war ich der Ansicht, wir sollten eine sozialistische Frauengruppe aufmachen und keinen Ausschuß, in dem alle drin waren. Es waren alle Parteien darin, auch die bürgerlichen. Und die verstanden es auf ihre Art, Politik zu machen, [...] sie arbeiteten für sich. Das Bürgertum ließ sich nicht einfach abspeisen, es war eben noch da. Diese Fragen, die dort diskutiert wurden, interessierten mich nicht so, weil ich als Sozialistin etwas anderes vorhatte.«<sup>611</sup>

## Demokratischer Frauenbund Deutschlands

Wenn es auch auf verschiedenen Ebenen Bündnisse mit Kommunistinnen gab, grenzten sich Sozialdemokratinnen doch überwiegend gegen die KPD ab. Sie wurde unter dem Eindruck der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED und des zuneh-

<sup>608</sup> Vgl. hierzu Meyer-Schoppa: Emanzipatorische Potenziale, insbes. S. 230-253.

<sup>609</sup> Vgl. Herta Gotthelf, o. O., 5.11.1948, an Elisabeth Selbert (Durchschlag), AdsD, BKS 179.

<sup>610</sup> Renate Meyer-Braun: Der Bremer Frauenausschuß (BFA), in: Beate Höcker, Renate Meyer-Braun (Hg.): Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauen, Alltag, Arbeit, Politik (Reihe Frauen in Bremen), Bremen 1988, S. 107-123, hier S. 122.

<sup>611</sup> Ebd., S. 119.

<sup>612</sup> Vgl. Antrag des Frauenbüros an die Mitglieder des PV, Hannover, 22.1.1948, als Anlage zu SPD, Der Parteivorstand, Frauenbüro: Rundschreiben Nr. 2/48 an die Bezirkssekretariate und die Genossinnen in den Bezirken, Hannover, 29.1.1948, AdsD, PV 0127.

menden Ost-West-Konfliktes als schärfster Gegner der SPD betrachtet. Im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) sahen Sozialdemokratinnen eine Tarnorganisation der SED. Deshalb richtete Herta Gotthelf im Januar 1948 einen Antrag zur Beschlussfassung an den Parteivorstand, in dem die Mitgliedschaft im DFD und die bloße Anwesenheit auf Kongressen des DFD als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD bezeichnet wurde.<sup>612</sup> Dieser Unvereinbarkeitsbeschluss zur Mitgliedschaft im DFD wurde vom PV einstimmig gefasst.<sup>613</sup> Einen allgemeinen Unvereinbarkeitsbeschluss bezüglich der überparteilichen Frauenausschüsse hätte Herta Gotthelf ebenfalls gern verabschiedet und er wurde von Genossinnen auch wiederholt eingefordert<sup>614</sup>. Jedoch schien ihr ein solches Vorhaben nicht erfolgversprechend. Stattdessen verwies sie auf den differenzierenden Beschluss des PV von 1946:

»Ich glaube nicht, dass diese überparteilichen Frauenausschüsse für uns von irgendwelchem praktischen Nutzen sind, aber solange wir keinen offiziellen Parteibeschluss darüber haben, (und ich glaube nicht, dass wir bei der Intelligenz unserer Männer einen Mehrheitsbeschluss gegen die Ausschüsse auf einem Parteitag bekommen würden) können wir nur daran festhalten, was wir in Frankfurt auf unserer Tagung als Richtlinien beschlossen haben: Wir lehnen ab unpolitische Frauenorganisationen, Frauenclubs usw., wir überlassen es unseren Genossinnen von Fall zu Fall zu entscheiden, ob sie in Frauenausschüssen, in denen die verschiedenen Parteien und Organisationen offiziell mit einer Anzahl Frauen vertreten sind, wirklich etwas Gutes für unsere Arbeit erreichen können. Im Allgemeinen wird man wohl sagen können, dass alle sogenannten Frauenfragen und Frauenforderungen durch die Parteien, die Gewerkschaften, die Stadt- und Landesfraktionen am besten vertreten werden können. Auf keinen Fall sollten wir es dulden, dass die Frauen-Ausschüsse sich Aufgaben anmassen, die ihnen nicht zustehen.«<sup>615</sup>

### Politische Legitimation

Als Anmaßung empfanden Sozialdemokratinnen den Anspruch der Frauenvereine, die Frauen in ihrer Gesamtheit zu vertreten. Sie vermissten die demokratische Legitimation. Von daher hatten sie auch kein Verständnis dafür, dass die westlichen Besatzungsmächte überparteiliche Frauenorganisationen der parteipolitischen Frauenarbeit vorzogen. Fragwürdig daran sei die Unterstützung solcher Frauen, die sich ohne politisches Mandat, also ohne demokratische Legitimation, selbst zu Vertreterinnen

<sup>613</sup> Vgl. Protokoll der PV-Sitzung am 26.1.1948, bei Albrecht: SPD, Bd. 1, S. 322.

<sup>614</sup> Vgl. u. a. Emmi Meyer-Laule, Heidelberg, 15.1.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244 A.

<sup>615</sup> Herta Gotthelf, o. O., 25.2.1947, an Anna Beyer, Frankfurt am Main (Durchschlag), AdsD, BKS 180.

der deutschen Frauen ernannten – ein Umstand, der dem eigenen Anspruch, die deutschen Frauen zur Demokratie erziehen zu wollen, diametral entgegenstehe.<sup>616</sup> Im bereits zitierten Kommentar zur Gründung des Deutschen Frauenrings übte Else Reventlow Kritik am Vertretungsanspruch dieses Frauenbündnisses und bat Gotthelf, die Informationen und ihre Kritik auch an die weiblichen Abgeordneten weiterzugeben, denn im Anspruch des Deutschen Frauenrings, »die Frauen« zu vertreten, sah sie eine Anmaßung gegenüber den durch Wahlen legitimierten Mandatsträgerinnen.

»Politisch wichtig vor allen Dingen erscheint mir die Tatsache, dass der Frauenring nach aussen als ›Repräsentanz der Deutschen Frauen‹ auftreten will und vor allen Dingen angekündigt hat, dass er in den Fragen der Rechtsreform des bürgerlichen Gesetzbuches und Sozialfragen durch Vorschläge Einfluss nehmen will auf die Bundestagsabgeordneten.«<sup>617</sup>

Elisabeth Selbert formulierte ihren Anspruch an die Parteiendemokratie und an die Frauen der Nachkriegszeit sehr deutlich.<sup>618</sup> Selbert und Gotthelf vertraten entschieden die Auffassung, dass nur über die Mitarbeit der Frauen in den Parteien bzw. der SPD die Gleichberechtigung der Frauen zu verwirklichen sei:

»Bei der Verteidigung der Frauenausschüsse wird m. E. nach wie vor übersehen, dass in einem demokratischen Staat die politische Willensbildung des Volkes in den [H. i. O.] und durch die politischen Parteien erfolgt. In ihnen allein liegt das Schwergewicht des politischen Lebens, in dem sie in Parlamenten und Körperschaften den Willen der Wählerschaft zum Ausdruck bringen und ja nach den Mehrheitsverhältnissen auch verwirklichen. [...]

Wenn wir nicht erkennen wollen, dass unser Platz in den politischen Parteien ist, um dort für unsere Frauenforderungen zu werben, dann haben wir auch kein

<sup>616</sup> Vgl. u. a. unveröff. Bericht über die am 19.3.1947 in Minden stattgefundene Besprechung beim Regierungspräsidenten, Anlage zum Brief von Liesel Kipp-Kaule, Bielefeld, 15.4.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244 A und Herta Gotthelf, o. O., 25.2.1947, an Anna Beyer (Durchschlag), AdsD, BKS 180. Zusätzliche Sprengkraft barg dieser Aspekt, da nicht nur Sozialdemokratinnen in den Frauenorganisationen mitarbeiteten, sondern umgekehrt auch Frauen aus den Frauenorganisationen zur SPD kamen und aufgrund ihrer dortigen Position Führungsposten in der sozialdemokratischen Frauenarbeit beanspruchten; vgl. u. a. Emmi Meyer-Laule, Heidelberg, 15.1.1947, an Herta Gotthelf, AdsD, PV 0244 A.

<sup>617</sup> Zweiseitiges maschinenschriftliches Manuskript »Zur vertraulichen Information! Betrifft Tagung des Frauenrings in Bad Pyrmont. (Aus einem Bericht einer Genossin, die an der internen Delegiertensitzung teilgenommen hat.)« o. N. (vermutlich von Else Reventlow), o. O., o. D., AddF, NL ES.

<sup>618</sup> Elisabeth Selbert: »Noch einmal: Frauenausschüsse? Eine Entgegnung«, undat. maschinenschriftliches Manuskript, S. 3 f., AddF, NL ES.

Recht, den Parteien mangelndes Verständnis für unsere Ansprüche vorzuwerfen.«<sup>619</sup>

Das Misstrauen gegen Parteien wurde von Herta Gotthelf als »Erbe des Hitlerreiches« bezeichnet und auf nationalsozialistische, antidemokratische Propaganda zurückgeführt.

»Bei aller Berechtigung der Kritik an den Auswüchsen parteipolitischer Auseinandersetzungen, muss man sich doch darüber klar sein, dass eine wirkliche Demokratie ohne politische Parteien nicht denkbar ist, und dass solche politischen Parteien nicht leben können, wenn die Frauen nicht ihren Teil der politischen Verantwortung tragen wollen.«<sup>620</sup>

Diese politische Verantwortung verpflichtete jede Genossin und besonders jede Funktionärin, ihre ganze Kraft der Parteiarbeit und der Verwirklichung des Sozialismus zu widmen. Die Mitarbeit in den überparteilichen Frauenvereinen schwäche die Parteiarbeit, statt sie zu stärken.

## Drei Prämissen

In ihrem Bericht »Politik – »hauptamtlich« fasste Gotthelf die Prämissen der sozialdemokratischen Frauenarbeit zusammen.

»Wir haben von Anfang an versucht, drei Ideen in unserer Arbeit immer lebendig zu halten: erstens, daß es keine sogenannten »Frauenfragen« gibt, die nicht gleichzeitig Fragen von allgemein politischer Bedeutung sind, zweitens, daß Frauenarbeit innerhalb einer Partei nicht Selbstzweck sein darf, sondern zum Ziel haben muß, Männer und Frauen so zu erziehen, daß eine besondere Frauenarbeit innerhalb der Partei eines Tages überflüssig wird (leider sind wir diesem Ziel noch sehr fern!), drittens haben die Frauen die Aufgabe, das politische Leben zu »vermenschlichen« und dafür zu sorgen, daß die Menschen, die für die gleichen politischen Ziele arbeiten, sich als gute Kameraden und Freunde empfinden.«<sup>621</sup>

619 »Zur Frage der Frauenausschüsse. Ein Beitrag von Dr. Elisabeth Selbert, Kassel« undat. maschinenschriftliches Manuskript, S. 1, AdsD, BKS 179, auch als Anhang verschickt zu SPD, Der Parteivorstand, Frauenbüro: Rundschreiben Nr. 5/46 an die Bezirkssekretariate und die Frauenvertreterinnen in den Bezirken, Hannover, 6.9.1946, AdsD, PV 0126 A.

620 Herta Gotthelf, Hannover, 5.8.1947, an Mila Ketterer, »Der Silberstreifen«, Stuttgart (Durchschlag), AdsD, BKS 186.

621 Gotthelf: Politik – »hauptamtlich«, S. 41.